„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftsstelle: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten Stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame: Lesen 50c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Rubrik 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Rubrik 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Sind wir nicht zu bescheiden?

Einige Fragen zum Nachdenken.

Wieviele deutschsprechende Farmer haben in den großen Farmerorganisationen des canadischen Westens führende Stellungen inne? Wissen sie sich nicht von Briten, und anderen Leuten lassen? Haben unsere deutschen Leute genügend Einblick in die Absichten und Pläne, in die Ziele und Arbeiten der Farmerexekutiven? Die Konventionen sind nur eine äußerliche Formsache. Aber die entscheidenden Schritte und die wichtigsten Maßnahmen werden in den Zentralen der Organisationen getroffen. Dabei genügt es nicht, daß unsere deutschsprechenden Farmer den Lokalvereinen angehören, in ihnen kleine Aemter bekleiden und ihre Mitgliedsbeiträge zahlen. Wie leicht ist es möglich, daß die Hauptleitungen Beschlüsse fassen, die direkt gegen unsere deutschkanadischen Interessen gerichtet sind, ohne daß wir etwas davon erfahren, bis wir eines Tages vor vollendete Tatsachen gestellt werden!

Wie steht es mit unserer Vertretung in den Munizipalverwaltungen und in den Schulräten? Gibt es nicht genug Distrikte mit einer starken deutschen Bevölkerung? Warum sorgen wir nicht dafür, daß überall dort tüchtige, deutsche Männer gewählt werden? Haben wir nicht auch das Recht, bei der Verwendung unserer Steuern und Abgaben mitzureden und mitzubestimmen? Sollen wir nur den Freimaurern und Orangemännern, die uns Deutschen nicht einmal die Luft gönnen, das Feld überlassen?

Wie viele Männer aus unseren Reihen sitzen in den Provinziallegislaturen und im Dominiumparlament? Haben wir uns bisher nicht als loyale Bürger unseres neuen Landes bewährt? Haben die Deutschkanadier nicht auch das Wahlrecht, haben sie nicht auch die nämlichen Pflichten wie alle anderen? Müssen wir uns immer durch Abgeordnete vertreten lassen, die von anderen Rassen abstammen? Warum sollten wir nicht aus Wahldistrikten mit vielen Deutschsprechenden auch als und zu Parlamentsmitglieder deutscher Herkunft in die Legislaturen und nach Ottawa entsenden?

Wo bleibt die Gleichberechtigung der Deutschkanadier bei Besetzung öffentlicher Aemter? Wozu besuchen unsere jungen Leute die Colleges und Universitäten, wenn ihnen nicht ebenso wie allen anderen die Beamtenlaufbahn offensteht? Oder werden sie absichtlich zurückgesetzt, weil sie „Germans" sind? Wieviele Regierungsstellen in den Provinzialhauptstädten und draußen auf dem Land haben Deutsche Leute aufzuweisen? Wieviele Gesuche aus unseren Kreisen um kleinere untergeordnete Anstellungen wandern in den Aktenschrank oder gar in den Papierkorb, während der Gesuchsteller nur die schwache Hoffnung auf eine „wohlwollende Erwägung" erhält?

Sind das nicht genug Fragen, die uns zu ernstestem Nachdenken anspornen sollten?

Selbstverständlich ist, daß für Alle die obengenannten Posten nur solche Männer in Betracht kommen können, die dazu befähigt, die zuverlässig und vertrauenswürdig, die charakterfest sind und treu zu unser deutschcanadischen Sache stehen. Jene, die sich nur eine Stellung ergattern wollen, damit sie eine bequemes Leben führen können, und die dann späterhin hochnäsig auf ihre deutschen Landsleute herabsehen, oder gar ihre deutsche Abstammung verleugnen, dürfen niemals unsere Unterstützung erhalten. Jene, die zwar große deutschpatriotische Reden schwingen, aber keinen Funken deutschen Gefühls mehr im Herzen tragen, sind von unserem Standpunkte aus ebenfalls untauglich und schaden uns mehr als sie uns nützen. Jene, die vom Teufel der Eitelkeit und der Ehrsucht geplagt sind oder sich gerne an der Staatskrippe die Taschen füllen wollen, sind ebenfalls unwürdig.

Daraus ergibt sich, welche gründliche Auswahl getroffen werden muß, wenn wir mit Leuten unseren Rufe vor den Augen der Oeffentlichkeit Ehre einlegen wollen. Nur die Besten, die Tüchtigsten, die Charakterfesten, nur deutschkanadische Männer mit reiner Weste und einer tadellosen Vergangenheit haben Anspruch auf unsere Förderung und Unterstützung. Solchen aber können und müssen wir sie in kräftigster Weise und unter Zurückstellung aller persönlichen Vorteile gewähren, damit wir, wie Herr Professor Redmond zum Edmonton in Nr. 12 des Courier ihnen nicht nur „jubelnde Phrasen" sind, sondern gleichberechtigt mit allen anderen Bevölkerungsschichten Canadas dastehen.

Weltumschau

Deutschland.

General Ludendorff glaubte, alles wieder ins Geleise gebracht zu haben, als er dem trüben Kronprinzen Rupprecht von Bayern in einem Briefe halbwegs Abbitte zu leisten versuchte, nachdem er den Ersteren des Wortbruchs gelegentlich des Verhaftens Hitlers in München, der im Herbst 1923 eine große Sensation hervorrief, bezichtigte. Rupprecht ist jedoch über der Abbitte des Generals nicht zufrieden. Er weigert sich immer noch, etwas mit dem General zu tun zu haben, ein Umstand, der den Nationalisten in Bayern viel Kopfzerbrechen macht. Wie es scheint, gebt Kronprinz Rupprecht von der Ansicht aus, daß Ludendorff, der sonsch vor ihm erscheinen soll, um Abbitte zu leisten.

Die deutsche Postbehörde hat eine Verordnung erlassen, in der es untersagt wird, Briefmarken dadurch zum zweiten Male zu gebrauchen, daß der untere Teil derselben nach außen gekehrt wird. Dies war bei Jahren, besonders während der Kriegszeit, wenn Briefumschläge viel Geld kosteten, nichts ungewöhnliches. Bismarck und Kaiser Wilhelm, der Erste verfuhren bei ihrem Briefwechsel genauso, und Sammler haben bisher tadellose Briefe für alte Briefumschläge mit der Adresse Bismarcks geschrieben vom Kaiser auf der einen Seite und dem Namen des Kaisers geschrieben von Bismarck auf der anderen Seite erhalten. Diese Praxis hat den Postbehörden viel Unannehmlichkeiten verursacht, da in vielen Teilen die in ihre Teile gerissen und zum zweiten Male gebrauchten Briefumschläge in mangelhafter Weise zusammengeklebt waren. In manchen Fällen war die alte Adresse selbst nach dem Wenden des Kuvertes auf der Rückseite deutlich bemerkbar.

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun der vorige Woche zeitweilig und am letzten Freitag mit geringer Mehrheit wiedergewählt wurde, ist neuerlich zurückgetreten, nachdem er außer Stande war, eine Regierung zu bilden, die Aussicht hatte über eine Mehrheit im Landtag zu verfügen. Wenn es dem Landtag nicht gelingen sollte, einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten aufzustellen, der der Unterstützung der Mehrheit gewiß wäre, wird die Körperschaft aufgelöst werden müssen.

M. S. „Swaeland", ein Motorschiff von 20,000 Tonnen, das größte der Welt, ist in Hamburg für den schwedischen Ostgrom Schiffskonzern vom Stapel gelaufen. Es wird bald als Eisenbahnfähre in Dienst gestellt werden. Der gleiche Konzern besitzt auch das drittgrößte Motorschiff, M. S. „Gripsholm", das demnächst zwischen Gothenburg und New York im Dienste der Schweden Amerika Linie verkehren wird.

Frankreich.

Die Kammer hat am 2. Februar mit 311 gegen 250 Stimmen beschlossen, die französische Botschaft im Vatikan aufzuheben. Premier Herriot hatte vor der Abstimmung angekündigt, daß er damit die Vertrauensfrage für seine Politik verknüpfen, und die Kammer hat ihm denn auch die nötige Mehrheit verschafft. Als der Premier am Nachmittag in der Kammer das Wort ergriff, lief er Gefahr, Zwischenrufe darüber übrig, daß die Botschaftsfrage auch finde. „Damit will die Regierung," so fuhr Rykow fort, „im nördlichen Kaukasien eine Lage schaffen, welche alle Klassen der Bevölkerung in engere Berührung mit der Wohlfahrt der Soviet-Union bringen soll."

Dem neuen Kriegskommissar Frunse fällt die Aufgabe zu, die von Trotzky begonnene Reorganisierung des bolschewistischen Heeres durchzuführen. Eine der durchgreifendsten Aenderungen ist die Umwandlung eines Teiles der Schützen-Divisionen in sogenannte Territorial-Divisionen. Von den ehemaligen 49 Schützendivisionen werden nur etwa 28 als solche bestehen bleiben. Die Gesamtzahl der Infanterie-Divisionen der Roten Armee sollen um sechs vermehrt werden. Der Reorganisierung des Soviet-Heeres liegt ein ähnlicher Gedanke zugrunde wie dem neuen Rüstungsplan des Generals Nollet für Frankreich, der eine „Armee d'Instruction" vorsieht, unter deren Schutz das ganze Volk mobil gemacht werden soll.

Die zahlenmäßige Stärke der russischen Streitkräfte wurde zuletzt von Trotzky auf 500,000 Mann angegeben. Wenn die Marine und die „Truppen der politischen Verwaltung" mit etwa 170,000 Mann abgerechnet werden, so ergibt sich für die eigentliche landige Armee eine Stärke von rund 300,000 Mann. Hierin ist aber der milizartig ausgebildete Wechselstand der Territorial-Divisionen, der nur zur gewissen Uebungszeiten einberufen wird, nicht enthalten. Diese Mannschaften werden auf rund 200,000 geschätzt. Demnach beträgt die Kopfstärke der roten Armee während der Einziehung des „Wechselstandes" ungefähr 650,000 und die Gesamtstärke der russischen Streitkräfte einschließlich Marine und „Truppen der politischen Verwaltung" rund 820,000 Mann.

Vom 1. Oktober 1925 an soll bei den regulären Truppenteilen der Roten Armee, — also denjenigen, die nicht in Territorial-Divisionen umgestellt werden, — eine einheitliche Dienstzeit von zwei Jahren für alle Waffen mit Ausnahme der Flieger, deren Dienstzeit drei Jahre beträgt, eingeführt werden. Das bedeutet für die Infanterie und Artillerie eine Verlängerung der Dienstzeit um ein halbes Jahr und für die übrigen Waffengattungen eine Verkürzung um dieselbe Zeit.

Da bis zu dem genannten Zeitpunkt die Mehrheit der Korps aber voraussichtlich in Territorial-Divisionen umgewandelt sein wird, für die nur eine stark verkürzte Militärdienstzeit besteht, so wird die zwei- bis dreijährige Dienstzeit nur noch verhältnismäßig wenig Wehrpflichtige und Formationen betreffen. Diese sollen nach einer Aeußerung Frunses „Laboratorien" bilden, in denen das für die Miliz Armee erforderliche Führerpersonal herangebildet werden wird.

Das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetbundes hat eine Verordnung über militärische Auszeichnungen für die höchsten Offiziere der Roten Armee erlassen, die neben den bestehenden „Orden der Roten Fahne" verliehen werden können. Es sind dies ein Ehrensäbel mit vergoldetem Griff, an dem der Orden der Roten Fahne angebracht ist, und als Ehrenwaffe 2 Paar ein Revolver, dessen Kolben ebenfalls das Ordenszeichen sind, daneben eine silberne Platte mit der Inschrift: „Dem unerschütterlichen Kriegern der Roten Arbeiter- und Bauernarmee." Diese Ehrenzeichen werden nur an führende Chefs, größere Truppenteile verliehen, und zwar nur für besondere Verdienste im Felde.

Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, die Zarenpaläste in Livadia, nebst den dazu gehörigen Gebäuden, Parks und allen Anlagen zu einem Kurort für Arbeiter zu erklären. Die beiden Schlösser in Livadia, die früher den Zaren und ihrem Hofstaat als Wohnung im Sommer dienten, sind mit außerordentlichem Luxus ausgestattet und enthalten zahlreiche Kunstgegenstände. Der Rat der Volkskommissare hat angeordnet, daß alle in kulturgeschichtlicher Hinsicht bemerkenswerte Sachen von einer besonderen Kommission begutachtet und Maßnahmen zu ihrer Erhaltung getroffen werden sollen.

25 Leute sind in Baku erschossen und 15 wurden schwer verletzt, als die größte Raubbandenelle in diesem Distrikt in Brand geriet. Es werden alle erdenklichen Vorkehrungen getroffen, um die Ausbreitung des Feuerherdes zu verhindern. Unter Aufsicht aller vorhandenen Arbeitskräfte wurde ein 10 Fuß tiefer Tunnel gebohrt, um das Rapphaus in dem in Brande stehenden Bohrloch und anderen Gebäuden abzulenken.

Nach einem Bericht der Londoner „Morning Post" sind in letztvergangenen Dezember in Russland 6 Millionen der Sowjetregierung erneuert worden und möchte die Zahl derartiger Morde 300 Mann zu Monat. Das Blatt veröffentlicht auch Depeschen, die besagen, daß in der Ukraine und in der Krim Hungersnot herrscht und Aufstände vorkommen sind.

Albanien.

Die albanische Nationalversammlung erwählte Nachrichten aus Urana zufolge, einstimmig Ahmed Zogu zum Präsidenten der albanischen Republik während der nächsten sieben Jahre. Ahmed Zogu stand an der Spitze der Bewegung, die kurz nach der Regierung des Premierministers Don Ritsos stürzte.

Griechenland.

Laut einer Athener Depesche hat der griechische Innenminister Mondilis in einer Kabinettssitzung bekannt gemacht, Griechenland könne von der Türkei nur dadurch Genugtuung erlangen, daß es den vertriebenen griechischen Patriarchen wieder nach Konstantinopel zurückkomme, lehnt dann zur Erreichung dieses Zweckes ein Krieg notwendig werden sollte.

Die französische, die britische und die italienische Regierung sind durch ihre Auswärtigen Aemter in Beratung über die Bedingungen einer möglichen freundschaftlichen Intervention in Athen und Angora über den griechisch-türkischen Streitfall, einschließlich der Ausweisung des Patriarchen Constantinos von Konstantinopel. Geplant ist, Griechenland und der Türkei eine vertrauliche Haltung zu empfehlen. Als einleitender Schritt ist vorgeschlagen, der türkischen Regierung eine Hinausschiebung der beschlossenen Ausweisung der vier übrigen griechischen Bischöfe dringend anzuraten.

Irland.

Nach Angabe der Regierung des Freistaates leiden 750,000 Personen im westlichen Irland unter Mangel an Nahrung und Heizung. Die ersten bestimmten Angaben über Hunger und Leiden infolge der Kartoffelmißernte und des steten Regens wurden gemacht. Nach diesen Angaben sind 47% Dörfer betroffen.

Italien.

Nach amtlicher statistischer Zusammenstellung belief sich die Zahl der Arbeitslosen in Italien am Ende des vergangenen Jahres auf 150,145, während Ende November 135,795 Erwerbslose gezählt wurden. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit im Monat Dezember ist, wie erklärt wird, lediglich durch die geringere Arbeitsgelegenheit während der Winterzeit verursacht worden.

Die Ankündigung einer Erhöhung der Brotpreise hat unter der Bevölkerung beträchtliche Erbitterung verursacht. Die Brotverteuerung ist der Tatsache zuzuschreiben, daß in den letzten 15 Tagen der Weizenpreis von 185 Lire für das Quintal (200 Lb Pfund) auf 20 Lire in die Höhe gegangen ist und ein weiteres Steigen bevorsteht. Die Regierung plant eine Abhilfemaßnahme, welche den Weizenimporteuren den Verlust im Wechselkurs der Lire entschädigen würde.

Aegypten.

Der frühere Premier Zaglul hat als Präsident des Aegyptischen National-Vereins an das britische Auswärtige Amt einen Protest gegen Englands Schritte im Sudan gerichtet, welche nach seiner Auffassung darauf berechnet sind, den Sudan von Aegypten loszulösen. Die Depesche wurde gleichzeitig allen Vertretern der Mächte in Aegypten und dem ägyptischen Premier mitgeteilt.

Der Protest ist ein langes Dokument und bringt eine ganze Anzahl von Tatsachen, welche die Welt erhören sollen, daß England darauf ausgeht, Aegypten der Souveränität im Sudan zu berauben. Im besonderen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die im Sudan von den Briten geschaffene Streitmacht nicht dem Konig von Aegypten, sondern dem britischen Generalgouverneur den Eid der Treue schwören muß, was deutlich auf die Trennung des Sudans von Aegypten hinweist.

England wird vorgeworfen, daß es sich bei seiner Politik im Sudan einzig von der Absicht leiten lasse, die Baumwolle des Landes für die Fabrikzentren in Lancashire zu sichern.

Vereinigte Staaten.

19 demokratische Mitglieder des Kongresses von New York haben einer neugegründeten Organisation, die auf den Sicherrat des Volkstead-Gesetzes einwirken soll, ihre tatkräftige Unterstützung zugesagt. An dem Bankett, an dessen Verlauf die Bildung der Organisation, die sich über das ganze Land erstrecken soll, erfolgte, nahmen mehr als 1000 Männer und Frauen teil. Von der Versammlung wurde die Resolution angenommen, die neugegründete Organisation der Agitation gegen das Prohibitions Amendement anzuschließen.

Mexiko.

Zwei Personen kamen ums Leben und 18 wurden verletzt, als ein Passagierzug auf der Fahrt von der Stadt Mexiko nach Vera Cruz in der Nähe von Jalapa, während er um eine Kurve fuhr, entgleiste. Getötet wurden der Lokomotivführer und der Heizer.

Arthur Beelen, Sonderleiter der Transcontinental Co. wurde auf dem Flugfelde zu Tampico von sechs maskierten Banditen überfallen, als er ein kleines Autoboot ausstieg und im Begriffe war, ohne Flugmaschine zu fliegen, die dazu bestimmt war, ihn nach den Oelfeldern der Gesellschaft zu fliegen. Die Banditen, nahmen ihm $10,000 Lohngeld ab. Kurz der Banditen gelang es, in Booten zu entkommen. Der Schütze wurde halb erstickt, als einem benachbarten Sumpfe aufgefunden.

Wie viel Deutsche wohnen im rumänischen Banate und im Arader Komitat?

Der siebenbürgisch-sächsische Publizist Dr. Rudolf Speck in Hermannstadt hat in der „Deutschen politischen Heften aus Großrumänien" eine wertvolle Studie über die Seelenzahl des deutschschwäbischen Volkes im Banate und Arader Gau veröffentlicht, welcher die statistischen Angaben der Volkszählung der Deutschschwäbischen Volksgemeinschaft zugrunde gelegt wurden. Diesen Angaben konnte vorläufig nicht nur ein mehr oder minder ungefähre Schätzungswert, da die Zählung innerhalb der deutschschwäbischen Volksgemeinschaft bekanntermaßen in manchen Gemeinden noch nicht beendet ist.

Dr. Speck erkennt dies ganz richtig und schreibt darüber: „Der große Wert der Angaben des Hauptamtes der Deutschschwäbischen Volksgemeinschaft liegt aber darin, daß zum ersten Male jene deutschschwäbischen Seele selbst auch die zahlenmäßige Erfassung des schwäbischen Volkes [illegible] wurde. Auf diesem Wege wurde vorgearbeitet, damit die Zahl und die Siedlungen der Kolonisten von den eigenen Volksgenossen festgelegt und damit ein zuverlässiges Handbuch der Deutschbanater Siedlungen geschaffen werde, wie die Siebenbürger Sachsen dies in dem statistischen Jahrbuch der evangelischen Landeskirche A. B. in Siebenbürgen geschaffen."

Zusammenfassend hält Dr. Speck am Ende seiner gründlichen Studie fest, daß im eigentlichen Banate (Temes, Torontal, Maroschs, Torontal) 1 Gemeinde zu Rumänien gehört und im Komitate Arad 180 Gemeinden und deutscher Bevölkerung von diesen 77 rein deutsch oder zeitweise überwiegend deutsch sind.

Als Gesamtsumme der deutschen Bevölkerung ergibt sich nach der deutschen Schätzung 327,786; nach der inoffiziellen deutschen Schätzung 1910: 261,891; nach der letzten amtlichen rumänischen Schätzung 1920: 235,995.

Bei Beurteilung dieser Zahlen kommt Dr. Speck zu der Feststellung, daß die rumänische Zählung in ihrem Schlußergebnis die unrichtige sei. Im Großen und Ganzen dürfte somit die deutsche Schätzung im richtigsten sein, wenn man den Zuwachs der Bevölkerung in den Jahren 1910 bis 1923 und den natürlichen Rückerwachsen des deutsch-schwäbischen Volkes seit 1918 in Rechnung stellt. Ueber den Wert der ungarischen Volkszählung urteilt Dr. Speck folgend:

„Die Angaben über die deutschen Siedlungen in den ungarischen statistischen Werken sind ungenau und höchst unverlässlich. Die Magyarisierung von amtswegen hatte im Banate und im Arader Komitate gerade zwischen den Jahren 1900—1910 geradezu verheerend gewirkt. Es ist schon oft erschöpfend dargelegt worden, mit welchen Mitteln die amtliche ungarische Zählung die tatsächlichen Verhältnisse zugunsten des Magyarentums umzufälschen suchte, so daß es sich hier erübrigt, nochmals darzutun, mit welcher Vorsicht die Ergebnisse der ungarischen Volkszählungen zu vergleichen sind."

Dr. Speck hält es für dringend notwendig, daß die deutsch-schwäbische Volksgemeinschaft selbst die genaue Festlegung der Zahl der deutschen Seelen durchführte. Er schätzt die Zahl der Deutschen im Banate und im Komitate Arad auf 350,000 und berücksichtigt dabei, daß viele Gemeinden mit einer kleinen deutsch-schwäbischen Minderheit in der Zusammenstellung der Volksgemeinschaft fehlen.

Der Zankapfel Beßarabien und der russisch-japanische Vertrag

Bedrohung der angelsächsischen Weltmacht. — Phantasien der französischen Presse.

Die Pariser Blätter messen dem kürzlich zum Abschluß gelangten japanisch-russischen Vertrag besondere Bedeutung bei. Sie sprechen von der „Entwicklung des Sowjet-Einflusses und von einer Bolschewisierung Asiens", Vorkommnisse, die nach ihrer Ansicht ernste Folgen nach sich ziehen könnten. Die Zeitungen machen geltend, die in Amerika und England über den Vertrag sich geltend machende Besorgnis sei begreiflich, da er

eine Gefahr für die angelsächsische Macht in der Welt zu bedeuten scheine.

Der „Temps" glaubt, die Gefahr liege allerdings nicht vor, daß Deutschland an die Spitze dieser russisch-japanischen Kombination treten werde, wenigstens vorerst nicht, sollte aber der Sowjet in Asien Erfolg haben, so könnte sich am Ende der russisch-japanische Vertrag zum Ausgangspunkt einer vollständig neuen Politik gestalten. Die Zeitung ist der Ansicht, Japans Entschluß, mit Rußland in Verbindung zu treten, sei auf dessen Wunsch zurückzuführen. Stellung zu nehmen, ehe eine russisch-amerikanische Verständigung stattfinde, eine Möglichkeit, welche als eine der ersten Früchte des Rücktritts des Staatssekretärs Hughes zu erwarten stehe.

„Rußlands Spiel ist vollständig klar", setzt der „Temps" hinzu. „Rußland macht Japan zum Freund, da es fürchtet, dieses könnte sich als ein Hindernis in dem Unterfangen erweisen, Asien für den Bolschewismus zu gewinnen und versucht nur, Japan in eine anti-europäische und anti-amerikanische Politik zu verwickeln, bis sich Moskau stark genug glaubt, an die Spitze einer gelben bolschewistischen asiatischen Welt gegen die Japaner selbst treten zu können."

Der „Matin" schreibt, es sei in Erfahrung gebracht worden, Rußland und Japan hätten sich die gegenseitige Versicherung gegeben, sich, vorerst wenigstens, in keinerlei Geheimverträge einlassen zu wollen, die den Interessen einer der beiden Nationen zuwider laufen könnten. Japan, schreibt das Blatt weiter, habe sich entschlossen, allen asiatischen Kombinationen ferne zu bleiben, die als feindselig zu Europa aufgefaßt werden könnten. Durch eine vollständige wirtschaftliche Verständigung mit Rußland werde indes Japan in den Stand gesetzt, Petroleum aus Sibirien viel leichter als aus Holländisch Indien zu erlangen. „Japans Kunst bei seinem Zusammengehen mit Rußland ist unbeugsam, unerlässliche wirtschaftliche Vorteile zu erlangen", schreibt der Artikel des „Matin".

Rumänien fürchtet russischen Einfall in Beßarabien

Beträchtliche Besorgnis macht sich besonders auch in Rumänien über den Abschluß des russisch-japanischen Vertrags geltend. Der zur Zeit in Paris weilende rumänische Finanzminister Bratianu ist der Ansicht, durch diesen Vertrag werde nicht nur der rumänische Besitz Beßarabiens bedroht, nahmen sei dadurch die Möglichkeit des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges gegeben. Er macht geltend, Sowjet-Rußland sei nunmehr in den Stand gesetzt, seine ganze Truppenmacht von 800,000 Mann an seiner westlichen Grenze zu konzentrieren. Auch Premier Herriot, zu dessen Kenntnis die neugeschaffene Lage durch Scialoja gebracht wurde, soll der Ansicht sein, durch das Einrücken einer Roten-Armee in Beßarabien könnte ein neuer Krieg entfacht werden.

Die Befürchtung wird sehr laut, einen russischen Einfall in Rumanien könnte unter einer deutsch-russischen Verständigung ein feindliches Vorgehen Deutschlands gegen Polen unter dem Vorgeben der Ergreifung von Präventivmaßnahmen folgen.

Von rumänischer Seite wird geltend gemacht, durch den abgeschlossenen Vertrag sei Japan gezwungen, die durch die Alliierten erzwungene Anerkennung des Rechts Rumaniens auf Beßarabien nicht zu ratifizieren, eine Tatsache, die ernste Folgen nach sich ziehen könnte.

Wie in Erfahrung gebracht wurde, haben Japans diplomatische Vertreter Premier Herriot eine Erklärung bezüglich seiner Auslassung in einer kürzlichen Rede über die „Vereinigten Staaten von Europa als Gegengewicht gegen das uneinige zivilisierte Asien" angegangen. Herriot soll geantwortet haben, er habe auf den asiatischen Kontinent und nicht auf Japan Bezug genommen.

Russland.

Die russische Regierung hat dem in Rom am Dienstag beginnenden ersten Kongreß der Sowjets von Nord-Amerikanern an die Regierung Hughes beschlossen, allen jenen, welche sich im Bürgerkrieg den Generalen Denikin und Wrangel angeschlossen oder sich überhaupt an den gegen die Sowjets gerichteten Bewegung beteiligt hatten, Amnestie zu gewähren. Auch sollen alle die nach dem Zusammenbruch der weißen Armeen nach England zurückgekehrt seien, das Bürgerrecht erhalten. Dieser Schritt dürfte das größte Entgegenkommen der Sowjet-Regierung für das russische Volk sein. Die Amnestie betrifft jedenfalls nur Personen, welche sich den gegenrevolutionären Bewegungen angeschlossen hatten und wird dafür gedacht, daß die Moskauer Regierung damit die Unterstützung aller Klassen der Bevölkerung für ihre zukünftige Politik gewinnen wolle.

Als es den Bolschewisten, die Amnestie zu gewähren, mitteilte, sagte Litvinow: „Die Vergangenheit muß begraben werden. Wir müssen, unter allen Nationalitäten eine größere Einigkeit herstellen. Wir müssen die Würde der Arbeit des Volkes erhöhen. Wir müssen alles vergessen, was im Bürgerkrieg vorgekommen ist. Wir müssen das Wahlrecht der ganzen Bevölkerung sichern. Die Regierung hat gewiß Gewalt darin, daß diejenigen, welche das Sowjet-Regime bekämpft haben, nun jetzt friedlicher Arbeit nehmen wollen, da sie erklärt haben, daß ihre Feindschaft gegen uns ein Fehler war."

Litvinow kündigte ferner an, daß gewisse Klassen von Arbeitern und Bauern, welche im Gefängnis sitzen, die Freiheit erhalten sollen, und daß die Regierung den größten Teil der Landbauern amnestieren werde, welche seit Jahren nicht bewählt worden sind. „Damit will die Regierung," so fuhr Rykow fort, „im nördlichen Kaukasien eine Lage schaffen, welche alle Klassen der Bevölkerung in engere Berührung mit der Wohlfahrt der Soviet-Union bringen soll."

Dem neuen Kriegskommissar Frunse fällt die Aufgabe zu, die von Trotzky begonnene Reorganisierung des bolschewistischen Heeres durchzuführen. Eine der durchgreifendsten Aenderungen ist die Umwandlung eines Teiles der Schützen-Divisionen in sogenannte Territorial-Divisionen. Von den ehemaligen 49 Schützendivisionen werden nur etwa 28 als solche bestehen bleiben. Die Gesamtzahl der Infanterie-Divisionen der Roten Armee sollen um sechs vermehrt werden. Der Reorganisierung des Soviet-Heeres liegt ein ähnlicher Gedanke zugrunde wie dem neuen Rüstungsplan des Generals Nollet für Frankreich, der eine „Armee d'Instruction" vorsieht, unter deren Schutz das ganze Volk mobil gemacht werden soll.

Die zahlenmäßige Stärke der russischen Streitkräfte wurde zuletzt von Trotzky auf 500,000 Mann angegeben. Wenn die Marine und die „Truppen der politischen Verwaltung" mit etwa 170,000 Mann abgerechnet werden, so ergibt sich für die eigentliche landige Armee eine Stärke von rund 300,000 Mann. Hierin ist aber der milizartig ausgebildete Wechselstand der Territorial-Divisionen, der nur zur gewissen Uebungszeiten einberufen wird, nicht enthalten. Diese Mannschaften werden auf rund 200,000 geschätzt. Demnach beträgt die Kopfstärke der roten Armee während der Einziehung des „Wechselstandes" ungefähr 650,000 und die Gesamtstärke der russischen Streitkräfte einschließlich Marine und „Truppen der politischen Verwaltung" rund 820,000 Mann.

Vom 1. Oktober 1925 an soll bei den regulären Truppenteilen der Roten Armee, — also denjenigen, die nicht in Territorial-Divisionen umgestellt werden, — eine einheitliche Dienstzeit von zwei Jahren für alle Waffen mit Ausnahme der Flieger, deren Dienstzeit drei Jahre beträgt, eingeführt werden. Das bedeutet für die Infanterie und Artillerie eine Verlängerung der Dienstzeit um ein halbes Jahr und für die übrigen Waffengattungen eine Verkürzung um dieselbe Zeit.

Da bis zu dem genannten Zeitpunkt die Mehrheit der Korps aber voraussichtlich in Territorial-Divisionen umgewandelt sein wird, für die nur eine stark verkürzte Militärdienstzeit besteht, so wird die zwei- bis dreijährige Dienstzeit nur noch verhältnismäßig wenig Wehrpflichtige und Formationen betreffen. Diese sollen nach einer Aeußerung Frunses „Laboratorien" bilden, in denen das für die Miliz Armee erforderliche Führerpersonal herangebildet werden wird.

Das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetbundes hat eine Verordnung über militärische Auszeichnungen für die höchsten Offiziere der Roten Armee erlassen, die neben den bestehenden „Orden der Roten Fahne" verliehen werden können. Es sind dies ein Ehrensäbel mit vergoldetem Griff, an dem der Orden der Roten Fahne angebracht ist, und als Ehrenwaffe 2 Paar ein Revolver, dessen Kolben ebenfalls das Ordenszeichen sind, daneben eine silberne Platte mit der Inschrift: „Dem unerschütterlichen Kriegern der Roten Arbeiter- und Bauernarmee." Diese Ehrenzeichen werden nur an führende Chefs, größere Truppenteile verliehen, und zwar nur für besondere Verdienste im Felde.

Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, die Zarenpaläste in Livadia, nebst den dazu gehörigen Gebäuden, Parks und allen Anlagen zu einem Kurort für Arbeiter zu erklären. Die beiden Schlösser in Livadia, die früher den Zaren und ihrem Hofstaat als Wohnung im Sommer dienten, sind mit außerordentlichem Luxus ausgestattet und enthalten zahlreiche Kunstgegenstände. Der Rat der Volkskommissare hat angeordnet, daß alle in kulturgeschichtlicher Hinsicht bemerkenswerte Sachen von einer besonderen Kommission begutachtet und Maßnahmen zu ihrer Erhaltung getroffen werden sollen.

25 Leute sind in Baku erschossen und 15 wurden schwer verletzt, als die größte Raubbandenelle in diesem Distrikt in Brand geriet. Es werden alle erdenklichen Vorkehrungen getroffen, um die Ausbreitung des Feuerherdes zu verhindern. Unter Aufsicht aller vorhandenen Arbeitskräfte wurde ein 10 Fuß tiefer Tunnel gebohrt, um das Rapphaus in dem in Brande stehenden Bohrloch und anderen Gebäuden abzulenken.

Nach einem Bericht der Londoner „Morning Post" sind in letztvergangenen Dezember in Russland 6 Millionen der Sowjetregierung erneuert worden und möchte die Zahl derartiger Morde 300 Mann zu Monat. Das Blatt veröffentlicht auch Depeschen, die besagen, daß in der Ukraine und in der Krim Hungersnot herrscht und Aufstände vorkommen sind.

Albanien.

Die albanische Nationalversammlung erwählte Nachrichten aus Urana zufolge, einstimmig Ahmed Zogu zum Präsidenten der albanischen Republik während der nächsten sieben Jahre. Ahmed Zogu stand an der Spitze der Bewegung, die kurz nach der Regierung des Premierministers Don Ritsos stürzte.

Griechenland.

Laut einer Athener Depesche hat der griechische Innenminister Mondilis in einer Kabinettssitzung bekannt gemacht, Griechenland könne von der Türkei nur dadurch Genugtuung erlangen, daß es den vertriebenen griechischen Patriarchen wieder nach Konstantinopel zurückkomme, lehnt dann zur Erreichung dieses Zweckes ein Krieg notwendig werden sollte.

Die französische, die britische und die italienische Regierung sind durch ihre Auswärtigen Aemter in Beratung über die Bedingungen einer möglichen freundschaftlichen Intervention in Athen und Angora über den griechisch-türkischen Streitfall, einschließlich der Ausweisung des Patriarchen Constantinos von Konstantinopel. Geplant ist, Griechenland und der Türkei eine vertrauliche Haltung zu empfehlen. Als einleitender Schritt ist vorgeschlagen, der türkischen Regierung eine Hinausschiebung der beschlossenen Ausweisung der vier übrigen griechischen Bischöfe dringend anzuraten.

Irland.

Nach Angabe der Regierung des Freistaates leiden 750,000 Personen im westlichen Irland unter Mangel an Nahrung und Heizung. Die ersten bestimmten Angaben über Hunger und Leiden infolge der Kartoffelmißernte und des steten Regens wurden gemacht. Nach diesen Angaben sind 47% Dörfer betroffen.

Italien.

Nach amtlicher statistischer Zusammenstellung belief sich die Zahl der Arbeitslosen in Italien am Ende des vergangenen Jahres auf 150,145, während Ende November 135,795 Erwerbslose gezählt wurden. Die Zunahme der Erwerbslosigkeit im Monat Dezember ist, wie erklärt wird, lediglich durch die geringere Arbeitsgelegenheit während der Winterzeit verursacht worden.

Die Ankündigung einer Erhöhung der Brotpreise hat unter der Bevölkerung beträchtliche Erbitterung verursacht. Die Brotverteuerung ist der Tatsache zuzuschreiben, daß in den letzten 15 Tagen der Weizenpreis von 185 Lire für das Quintal (200 Lb Pfund) auf 20 Lire in die Höhe gegangen ist und ein weiteres Steigen bevorsteht. Die Regierung plant eine Abhilfemaßnahme, welche den Weizenimporteuren den Verlust im Wechselkurs der Lire entschädigen würde.

Aegypten.

Der frühere Premier Zaglul hat als Präsident des Aegyptischen National-Vereins an das britische Auswärtige Amt einen Protest gegen Englands Schritte im Sudan gerichtet, welche nach seiner Auffassung darauf berechnet sind, den Sudan von Aegypten loszulösen. Die Depesche wurde gleichzeitig allen Vertretern der Mächte in Aegypten und dem ägyptischen Premier mitgeteilt.

Der Protest ist ein langes Dokument und bringt eine ganze Anzahl von Tatsachen, welche die Welt erhören sollen, daß England darauf ausgeht, Aegypten der Souveränität im Sudan zu berauben. Im besonderen wird darauf a